

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Der europaweit größte Naziaufmarsch fiel erstmals seit Jahren aus – völlig friedlich gestoppt von 12.000 couragierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich ihm entgegenstellten. Das war die Botschaft des 13. Februar 2010 über die Grenzen Sachsens hinaus. 20 Monate später verbreitet sich zum selben Thema wieder eine Nachricht mit vergleichbarer Reichweite: Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN verliert seine Immunität als Abgeordneter, weil ihn die Staatsanwaltschaft als „Rädelsführer“ der Blockade des Nazi-Marsches anklagen will. Für die Aufhebung der Immunität votierten CDU, FDP und – NP.

Dass ich als einziger Mensch aus Sachsen „schuld“ am gescheiterten Marsch der Neonazis sein soll, ist zuviel der Ehre. Es ist nach Überzeugung der demokratischen Oppositionsfraktionen DIE LINKE, SPD sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ausdruck politischen Missbrauchs von Strafverfolgung. Ins Bild passt, dass ich zum Zeitpunkt des geplanten Nazi-Aufmarsches nicht mehr vor Ort war, sondern Kilometer entfernt in der Menschenkette vorm Dresdner Rathaus stand, in unmittelbarer Nähe des Ministerpräsidenten ... „Politische Willkürjustiz“ nennt Johannes Lichdi (GRÜNE) das Gebaren der Staatsanwaltschaft.

Insbesondere auch wegen des 19. Februar 2011 in Dresden werden viele Verfahren gegen Menschen geführt, die wie ich meinen, dass die Nazis etwas von unserem Protest mitbekommen sollten. Gemeinsam werden wir uns nicht einschüchtern lassen!

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

LINKE & Wirtschaft – Das geht DOCH!

Rund 50 Männer und Frauen waren Mitte September der Einladung der Fraktion DIE LINKE gefolgt und zum 2. Parlamentarischen Forum „Alternative Wirtschaftspolitik in Sachsen“ nach Chemnitz gereist. Nach Tagungsende stand fest: Wir wollen das Heft des Handelns in die eigenen Hände nehmen, denn LINKE & Wirtschaft ist eine Verbindung, die Sinn macht!

Nach Vorträgen und Diskussionen von und mit Vertretern des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle über die Entwicklung ostdeutscher Länder in den Jahren 2009/10, sowie einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen durch das Ifo Institut Dresden beschlossen wir, aufgrund der Analysen der Institute eigene Konzepte zu erarbeiten.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsvolumen und an der Arbeitsproduktivität findet kein Aufholprozess, ja nicht mal ein Angleichungsprozess an die alten Bundesländer statt. Damit ist die Ausgangssituation auch für Sachsens Zukunft nicht rosig, auch wenn die sächsische CDU/FDP-Regierung ein anderes Bild vermitteln will. Ein alternatives Wirtschaftskonzept muss dies beachten, angemessene Rahmenbedingungen schaffen und strukturpolitische Entscheidungen vorsehen, die den demografischen und finanzpolitischen Problemen der nahen Zukunft Rechnung tragen. Aber was bedeutet das? Zum Beispiel sich auf eigene Stärken konzentrieren, sich vom Image des Billiganbieters verabschieden und den Bildungstransfer voranbringen! Die Impulsreferate

unseres Forums haben dies eindrucksvoll unterstrichen. Axel Troost bspw. hat in seinem Vortrag zentrale Punkte unseres Steuerkonzeptes aufgegriffen und Überlegungen zu Energiesteuern und zum Umweltschutz sowie zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Finanzmarktstabilisierung thematisiert. Des Weiteren ging es um Schuldenabbau und um Mittel zur Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand, und hier insbesondere um die Belange der Kommunen.



Ein Höhepunkt des Forums war der Vortrag des Unternehmers Eckehart Stamer zum Thema „Die sächsische Politik des Niedriglohns“, dem eine angeregte Diskussion der anwesenden Wirtschaftsexperten, Unternehmer, IHK- und Gewerkschaftsvertreter sowie der Delegierten von Umweltverbänden und Parlamentariern der Kreis- und Landtagsebene folgte. Eindrucksvoll wurde nachgewiesen, dass Niedriglohn nicht überall in Sachsen dominiert und dass DIE LINKE eine Politik betreiben muss, die über die berechtigten Belange Hartz-IV-Betroffener hinausgeht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, wo in der gewerblichen Wirtschaft Innovation dominiert, ist kein Platz für Billiglohn! Der Kampf um die besten „Köpfe“ ist längst im Gange. Probleme bereitet die nach wie vor kleinteilige sächsische Industrie. Netzwerke könnten teilweise Abhilfe schaffen, um Zahlungsgerechtigkeit für Leiharbeiter herzustellen und flächendeckend Mindestlöhne einzuführen.

Nach Unternehmer Stamer begeisterte Dr. Jana Pinka mit einem Vortrag über Rohstoffgewinnung in Sachsen. Die Diplomineralogin und Abgeordnete der LINKEN-Landtagsfraktion umriss das strukturpolitische Spannungsfeld von Rohstoffabbau und sozial-ökologischem Umbau. Wer Dr. Pinka zugehört hatte, wundert sich nicht mehr, dass in Sachsen die Fragen des Braunkohleabbaus und die Zukunft der Energieversorgung die Diskussion bestimmen.

Neben der Fortsetzung der Diskussion zur Strukturpolitik Sachsens gilt es jetzt aber vorrangig, das Steuerkonzept Bund als Projekt zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf Sachsen zu übertragen. Das Parlamentarische Forum hat gezeigt: Hier arbeitet ein kompetentes Team, das Spaß daran hat, sich zukunftsweisend mit der Wirtschaft auseinanderzusetzen. Wer diesen Spaß mit uns teilen möchte, ist herzlich zum nächsten Forum eingeladen!

MdL Karl-Friedrich Zais
Sprecher für Wirtschaftspolitik

mehr unter: www.landesforum-alternative-wirtschaftspolitik.de

Macht Armut krank?

Von der 5. Armutskonferenz der LINKEN

Anfang Oktober fand in Dresden die 5. Armutskonferenz der Fraktion DIE LINKE statt. Diesmal ging es um die Frage, ob und wie Armut sich auf Gesundheit, Lebenserwartung und Teilhabe auswirkt. Dabei sprach der stellvertretende Sprecher der Nationalen Armutskonferenz Prof. Gerhard Trabert über den Einfluss von Armut auf den Gesundheitszustand und die Lebenserwartung, der Leiter des Instituts für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Uniklinik Dresden Dr. Hendrik Berth referierte zu gesundheitlichen Auswirkungen von Arbeitsbedingun-

gen und Erwerbslosigkeit und die Sozialmedizinerin der Uniklinik Leipzig Dr. Marion Michel beleuchtete die Armut bzw. Armutsgefährdung von Menschen mit Behinderungen. Mit der Konzentration auf den bisher wenig beachteten Aspekt – den Zusammenhang von Armut und Gesundheit – wurden zugleich aus Sicht linker Politiker Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Lebenslagen unterbreitet. Geleitet wurde die Konferenz vom Vize-Vorsitzenden und sozialpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Dr. Dietmar Pellmann (Foto).



Foto: DAK

Die Bürgerschaft bleibt (noch) draußen!

Nach der zweiten Lesung lehnte die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit im Oktoberplenar den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE (Drs 5/3705) zur Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen und zur Änderung des Gesetzes über Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid ab. Mit ihrer Ablehnung untermauerte die Regierungskoalition ihr Desinteresse an mehr Mitbestimmung durch die Bürgerinnen und Bürger. Dem Gesetzentwurf war eine umfangreiche Evaluierung der aktuell möglichen plebiszitären Elemente vorausgegangen. U.a. engagierte sich auch Politikprofessor Werner Patzelt bei der Qualifizierung des Gesetzestextes.

Mithilfe des Gesetzes wären die Möglichkeiten der Bürger/innen zur Teilhabe an der Gesetzgebung

und politischen Willensbildung per Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid erweitert und

erleichtert worden. Seit Annahme der Sächsischen Verfassung hat es nur einen Volksentscheid gegeben, alle anderen Versuche scheiterten am zu hohen Unterschriftenquorum. DIE LINKE wollte die Quoren wie folgt ändern: Für einen Volksantrag sollten 35.000 statt 40.000 Unterschriften reichen, für ein Volksbegehren wären 280.000 statt bisher 450.000 Unterschriften nötig. Zudem sollte der Souverän mit mindestens 175.000 Stimmen darüber befinden können, ob ein bereits beschlossenes Gesetz wieder kassiert wird. Darüber hinaus sollten die Unterschriftenlisten u.a. auch in Amtsstuben ausgelegt werden dürfen.



Gemeinsam für mehr Bürgermitsprache: der als CDU-nah bekannte Politikprofessor Werner Patzelt und die LINKE Bürgerbeauftragte Mdl Andrea Roth

Gleiche Liebe, gleiche Rechte?

Mit ihrem Antrag „Keine Staatsmodernisierung ohne Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft – das Recht der Bundesrepublik Deutschland und der EU in Sachsen endlich umsetzen“ (Drs 5/7079) waren sich die Fraktionen GRÜNE, DIE LINKE und SPD einig, dass für gleich liebende Menschen gleiche staatliche Rechte gelten müssen. Sachsen ist das einzige Bundesland, das die Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaften (ELP) nicht vollständig umsetzt.

Betroffene sind derzeit in Sachsen gezwungen, Diskriminierungen hinzunehmen, um Konflikte in ihrem persönlichen Umfeld zu vermeiden oder aber ihre Rechte mittels langwieriger Gerichtsverfahren einzuklagen. Mit ihrem Antrag forderten die demokratischen Oppositionsfraktionen

die Staatsregierung auf, die rechtliche Ungleichbehandlung der ELP zu beseitigen und für eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas gegenüber nichtheterosexuellen Menschen zu sorgen. Zudem wurde der Staatsregierung vorgeschlagen, zügig ein Verfahren zur Änderung aller notwendigen Landesgesetze und Rechtsverordnungen analog zu anderen Gesetzgebungsverfahren bei der sogenannten Staatsmodernisierung zu veranlassen und dem Landtag ein Artikelgesetz zur Anpassung des sächsischen Rechts an das übergeordnete Europa- und Bundesrecht vorzulegen.

Während Schwarz-Gelb im Landtag trotz klarer EU- und bundesrechtlicher Vorgaben den Oppositions-Antrag ablehnte, übergab die Initiative 2=2 draußen rund 4.300 Unterschriften pro Gleichstellung an den Gesetzgeber.



Während im Landtag über die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften gestritten wurde, machten draußen davon direkt Betroffene auf sich aufmerksam.

Pflege braucht Pflege!

„Pflege braucht Pflege“ war der Antrag der Fraktionen SPD, LINKE und GRÜNE (Drs 5/7080) für eine Reform der Pflegepolitik in Sachsen

und auf Bundesebene überschrieben. Hintergrund für die fraktionsübergreifende Initiative sind die wenig zufriedenstellende Situation

im Bereich der Pflege und die weiter wachsenden Herausforderungen gerade in Sachsen, als Bundesland mit einem schon heute überdurchschnittlich hohen Anteil alter Menschen und einer unterdurchschnittlich entwickelten Pflegestruktur.

Dabei ist die Sicherung einer guten Pflege eine zentrale sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe. Menschen wollen dort alt und gepflegt werden, wo sie schon immer gelebt haben. Dem muss sich die Politik stellen. Deshalb müssen alle Akteure mit ihren Kompetenzen zusammenarbeiten, dafür aber muss die Bundesgesetzgebung geändert werden. In ihrem Antrag forderten die demokratischen Oppositionsfraktionen die Staatsregierung auf, sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für eine gute Pflegepolitik geschaffen werden. Darüber hinaus forderten LINKE, SPD und GRÜNE die Erarbeitung entsprechender

Ausführungs- bzw. strukturbildender Gesetze auf der Landesebene, die den verschiedenen Aspekten der Pflege Rechnung tragen. Stichworte hierzu sind: Sicherung fachgerechter Ausbildung und einer ausreichenden Anzahl an Pflegekräften, Finanzierung von Pflegeangeboten, wohnortnahe Angebote, unabhängige Beratung u.a.m. Die Antragsteller forderten zudem, umgehend ein Landespflegegesetz vorzulegen, das auch den Kommunen mehr Verantwortung bei der Pflegeplanung einräumt.

Am Tag der Plenardebatte zur Pflege machten auf dem Landtagsvorplatz zahlreiche Betroffene, Pflegeinitiativen, Vereine und Privatpersonen auf die Defizite im Bereich der Pflege aufmerksam. CDU und FDP lehnten den Rot-Rot-Grünen Antrag dennoch mehrheitlich ab.

* Alle Drucksachen (Drs) der Fraktion DIE LINKE unter www.linksfraktion-sachsen.de *



Mehrere hundert Menschen demonstrierten am 13. Oktober vor dem Sächsischen Landtag gegen die teils gravierenden Missstände im Bereich der Pflege im Freistaat.

Am Tiefpunkt sächsischer Demokratie

Es war bereits nach 22 Uhr. Dennoch hatten Pressevertreter und Beobachter am 12. Oktober 2011 auf der Landtagstribüne ausgeharrt, um mitzuerleben, was zu erwarten war: CDU, FDP und NPD hoben in trauter Eintracht den Arm, um der Immunitäts-Aufhebung des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Dr. André Hahn zuzustimmen und den Weg für eine Strafverfolgung frei zu machen. Hahns Vergehen: Er war ebenso wie Tausende Menschen am 13. Februar 2010 in Dresden, als es erstmals gelang, den sog. „Trauermarsch“ der Nazis gewaltfrei zu stoppen. Keiner der Fraktionäre der genannten Troika wird später behaupten können, er habe es nicht besser gewusst. In einer vor der Abstimmung verlesenen Erklärung hatte André Hahn kein Detail seines 13. Februar 2010 ausgelassen. Nachfolgend einige Auszüge:

„Es geht im vorliegenden Fall nicht um Diebstahl, nicht um Betrug und auch nicht um ein Verkehrsdelikt. Es geht um die Teilnahme an einer politischen Protestaktion gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar 2010 hier in Dresden. Und ich bleibe ausdrücklich dabei: Es war und es ist richtig, sich gegen derartige Aufmärsche mit friedlichen Mitteln zur Wehr zu setzen!“

„Ich selbst hatte bereits vorab öffentlich erklärt, dass ich alle Formen des friedlichen Protestes gegen den Nazi-Aufmarsch unterstütze und deshalb auch an der Menschenkette in der Altstadt teilnehmen werde. Aus diesem Grund habe ich den Platz auf der Hansastraße gegen 11.45 Uhr verlassen (...) Der Naziaufmarsch sollte um 13 Uhr beginnen, und frühestens ab diesem Zeitpunkt konnte es dagegen logischerweise überhaupt erst Blockaden geben. Trotz des großen Umwegs über die Autobahn auf die Altstadtseite war ich pünktlich um 13 Uhr am Rathaus. (...) Anschließend reihte ich mich auf dem Altmarkt in



Dr. André Hahn (2.v.re.) in der Dresdner Menschenkette vom 13. Februar 2010, aufgenommen zum Zeitpunkt, an dem der Vorsitzende der LINKEN Landtagsfraktion laut Staatsanwaltschaft die Blockade gegen den Naziaufmarsch auf der anderen Elbseite angeführt haben soll. Mit im Bild: Ministerpräsident Tillich und Landtagspräsident Röbner (6. u. 5. v. re.)

die Menschenkette ein und stand dort unmittelbar neben dem Landtagspräsidenten und dem Ministerpräsidenten.“

„(...) Ich soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft Dresden auf jeden Fall vor Gericht gestellt werden. Ausgangspunkt waren im Übrigen drei Strafanzeigen von Nazis. Eine davon kam aus der NPD-Fraktion dieses Hauses, eine andere von einem bekanntermaßen rechtslastigen ehemaligen Richter, der leider auch mehrere Jahre hier in Sachsen am Oberlandesgericht tätig war. Ich finde, das sollten Sie wissen.“

„Heute geht es um mich. Es gibt in diesem Land aber noch viele andere Menschen, die friedlich demonstrieren haben und gegen die strafrechtlich vorgegangen wird. Sie haben heute mit Ihrer Abstimmung daher auch die Chance, ein wichtiges Zeichen zu setzen, nämlich für Zivilcourage und gegen eine Kriminalisierung friedlichen Widerstands gegen Nazi-Aufmärsche hier in Dresden und anderswo. Denn Protest dagegen ist ohne Zweifel auch in Zukunft dringend erforderlich!“

Die ganze Erklärung unter: www.linksfraktion-sachsen.de

3 Veranstaltungen – 1 Thema

Der wegen seiner Teilnahme am Anti-Nazi-Protest am 19. Februar 2011 von Sachsens Justiz verfolgte Jenaer Jugendpfarrer Lothar König kam am 4. Oktober zu einem Hearing nach Dresden. Der Einladung der Fraktion DIE LINKE waren auch Katharina König, LINKE Landtagsabgeordnete aus Thüringen und Kristin Pietrzyk, Anwältin und Beraterin des Bündnisses Dresden nazifrei, gefolgt. Am Abend desselben Tages moderierte MdL Kerstin Köditz eine Diskussion zum Thema „Politisch-motivierter Kriminalisierung der Linken“, an der neben den Genannten auch der Rechtsexperte der Fraktion, Klaus Bartl, und der Kieler Anwalt Alexander Hoffmann teilnahmen. Im Rahmen der Fraktionssitzung am Vormittag hatten die Abgeordneten bereits Gelegenheit, sich mit Prof. Wolfgang Wippermann zum selben Thema auszutauschen.

Der Geschichtswissenschaftler aus Berlin bezeichnete Sachsen als „das

rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik.“



Opfer „Sächsische Demokratie“ von 2010 und 2011: rechts Dr. André Hahn aus Dresden und links Jugendpfarrer Lothar König aus Jena

Protest und Solidarität

Neben Bürgerinnen und Bürgern protestieren linke Politiker gegen die Immunitätsaufhebungen von Dr. André Hahn und Bodo Ramelow. So erklärte *Hubert Gintschel für DIE LINKE in Chemnitz*: (...) „Antifaschistisches Engagement wird in dieser sich selbst als Rechtsstaat postulierenden Republik zum Anlass genommen, um mit aller juristischen Härte gegen Demokraten und offenbar dem Staat missliebige Menschen vorgehen zu können. (...) Es bleibt die Frage, wie soll sich da die von Roman Herzog eingeforderte zivilgesellschaftliche Courage für eine wehrhafte Demokratie erfolgreich entwickeln, wenn die, die Mut zeigen und sich den Neonazis entgegenstellen, für die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte bestraft werden sollen.“ *Wulf Gallert und Matthias Höhn erklären für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt*: (...) Die Aufhebung der Immunität ist zugleich eine Diskreditierung zivilgesellschaftlichen Engagements, die nicht hinnehmbar ist. Es steht zu befürchten, dass hier Türen geöffnet werden sollen, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit still und leise zu Grabe tragen zu können. Das ist für DIE LINKE nicht zu akzeptieren und fordert den Widerstand aller Demokraten und Demokraten heraus.“

LINKE Kultur beim Tag der offenen Tür im Landtag



Beim diesjährigen „Tag der offenen Tür“ im Sächsischen Landtag zum Tag der Deutschen Einheit präsentierte die Landtagsfraktion DIE LINKE neben den beliebten Fettschinken und einem von MdL **Annekatrin Klepsch** betreuten „Demokratie-Bauprojekt“ erstmals und mit großem Erfolg Kultur von und mit LINKEN Landtagsabgeordneten.

Dabei sorgte Landtagsvizepräsident **Horst Wehner** mit dem Duo „Father and Son“ für die richtige musikalische Stimmung und für durchweg gute Laune. Der Politiker und Rollstuhltänzer bewies dabei nicht nur gesangliche sondern auch beachtliche Entertainerqualitäten, nicht zuletzt beim spontanen „Steigerlied“, das die vorbeiziehende Parade Freiburger Bergmänner spontan zum Mitsingen animierte, siehe Foto rechts.

MdL **Dr. Volker Külöw** las sein Satirestück „Der Mops im Porzellanladen“, welches in dem Buch „Lügenbarone und Ganoven“ (Eulenspiegel Verlag) verewigt wurde und dem Chef der Porzellanmanufaktur Meißen Christian Kurtzke gewidmet ist. Musikalisch umrahmt wurde die Lesung mit Gitarrenmusik des Fraktions-Juristen Mathias von der Recke. (Foto links)



Gloria sorgt für Glanz in Sachsen

MdL **Kerstin Köditz** wirbelte zum Tag der offenen Landtagstür mit Putztuch, großer Klappe und ursächsischem Idiom so einiges durcheinander und brachte Publikum und „Personal“ zum Lachen. Nachfolgend einige Auszüge aus **Putzfrau Glorias** heiter-politischer Gedankenwelt:

Gloria & die Gesetze

Wissen se, isch arbeede jetzt och an ehm Gesetz! Da geht's um de Berufsgeheimnisträcher. Se wissen schon: de Pressefutzis, de Polidiger, de Rechtsverdreher, de Pfaffen und de Ärzde. Bei den darf de Polizei ja nich rumschnüffeln, geene Handys abhörn un so. Aber was is mit uns Butzfrau?? Wissn se eigentlich, was WIR so für Geheimnisse finden? Wenn isch da nur de Lisbeth – was meene Golleschin is – anrufe und sache, dass se bei dem Hahn – der Chef hier von de Linken – beim Reenemachn offbassn soll mid dem Medallgoffer unterm Disch, weil: Den muss mer zum Reenemachen ganz langsam offmachn! De Kombination für den Goffer is „Henne“, sach' isch der Lisbeth noch – nu, das geht doch keenen was an – oder? Aber wenn da hier in Dreeschdn jemand mit sein IMSI-Gätscher rumlatscht und das mitricht, is das doch für den Hahn nisch so gut, da kann dann doch jeder in den Goffer ringuggen und dann weeß doch jeder, was der Hahn da drinne hat: sein Suchblan! Ja, der Hahn sucht nämlich das Rädell, das er anführn soll. Das verstehn Se nisch? Nu, der Hahn soll doch e Rädelführer sein. Und nu sucht der eben das „Rädell“ zum Anführn.

Gloria & Sachsens GRÜNE

„Carsharing“ – das heeßt Audodeilen. (Das had mir mei Enkel Gevin-Amadeus erklärt.) Abor, wenn de Grünen so für de Fahrräder sin, müssdn se doch ooch Beisigsharing beantra-

chen, sacht der Gevin-Amadeus. Un dass mer für Fahrräder e Tempolimit von 120 brauch, iss mer völlig unglar. Un an den demografischen Wandel – also mer werden alle immer älter – ham de Grünen och nisch gedachd: Mir brauchen endlich mehr Absdell-anlachs für de Rolladoren. Guggen Se ma bei scheenem Wedder vors Gafee oder de Bäggeri – alles voll mit den Dingern! Un nisch ma angeschlossen! Da muss de Bolizei och bald Rolladoren-codierungen anbieten, aber dafür reecht dann das Bersonal wieder nisch aus.

Gloria & die Polizei

De sächsische Bolizei iss ganz schön reiselusdisch in dor letzten Zeid:

Erschd in Jena beim Pfarrer, dann in Hamburg im Buff un ledzns in ner Schule in Stuttgart... Un immer gabs Ärcher. Der Pfarrer war nisch da, der war im Wanderurlob. Da hamse dann abor wenichstens ne St.Pauli-Fahne mitgenomn. Wahrscheinlich hamse die für ihren Ausfluch off de Reebahn gebraucht. Aber dass se da de Kollechinen ausm horizontalen Gewerbe nisch ordentlich bezahlnd wollnd, dafür habsch gar geen Verständnis. Die dachden wohl, weil die ausm Osden sin, brauchen se nur 80 Brozend zu zahlen oder so. Un in Stuttgart? Escht mal wieder ne falsche Wohnung gestürmt – das kenn mer ja – aber wenigstns hamn se diesmal keen Hund erschossen...



Putzfrau Gloria (alias Kerstin Köditz, li.) redet sich beim Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag in Rage und begeistert dabei auch LINKE-Fraktionschef André Hahn und dessen Ehefrau Katherina.

Gloria & LINKE und Piraterie

Isch will ma erzähl, warum isch hier bei de Linken bin un nisch zum Beischbiel bei dor FDP. Also, ma ganz ehrlich, och als eenfache Butzfrau muss mer an seine Zugunfd denken. Was globn denn Sie, wie lange's de FDP noch macht? Isch weeß dass nisch. Nee nee, da is mir de Linke schon was Solides. Isch weeß zwar nisch, ob die jedzd ihr neues Brogramm beschließen, aber die ham da ihre Wurzeln bei Marx und Engels ringeschrieben – un wenn die in Erfurt keen Brogramm hingrichn, gönn die dann immer noch das Brogramm von 1848 nehmen: das Gommunistische Manifest... Nu denkn se bloß nich, isch bin so ne Ewiggestrige – nee nee, isch guggu schon in de Zugunfd! Zu der neuen Bardei zum Beispiel, de Biraden. Obwohl: Biraderie off die baar Ausflugsdampfer off der Elbe? Was werdn die wohl machen mid den Broblemen, di mir gleenen Leude so ham? Na, off jedn Fall drüber tschättn, twiddern und im Feeßbuk schreibn.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800,
Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag